

# Bomben, Perverse und Könige

## Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages: Protokolle der Jahre 1976 bis 1980

Die 27. Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am 10. April 1978 war eine ganz besondere Sitzung: Zum ersten Mal nahm Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) teil; mit dabei auch die Mitglieder des Verteidigungsausschusses, Bundestagspräsident Karl Carstens (CDU), Verteidigungsminister Georg Leber (SPD), Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und der Generalinspekteur der Bundeswehr, Harald Wust, sowie Spitzenbeamte der Regierung und Vertreter des Bundesrates. Die Sitzung lief unter „geheim“, worauf der Vorsitzende, Gerhard Schröder (CDU), gleich zu Beginn mit Nachdruck hinwies. Worum ging es?

Zehn Tage zuvor hatte der amerikanische Präsident Jimmy Carter dem Kanzler seinen Beschluss mitteilen lassen, die Neutronenbombe nicht zu produzieren. Schmidt empfand das wie einen „Dolchstoß“, er fühlte sich von Carter „wirklich im Stich gelassen“, wie er sich noch vier Jahre später bei dessen Nachfolger Ronald Reagan beklagte. Dabei hatte er seine Zustimmung zur Stationierung nur unter großen innerparteilichen Schwierigkeiten durchsetzen können: Willy Brandt und Herbert Wehner waren nach der Entscheidung „grußlos in die Ferien abgereist“, Egon Bahr hatte die Bombe gar als „Perversion des menschlichen Geistes“ bezeichnet. Für Schmidt war sie dagegen ein Druckmittel, um die Sowjets zum Abbau ihres militärischen Übergewichts – SS-20-Atomraketen und Panzer – zu zwingen. Und nun das!

Ausführlich schilderte der Kanzler im Ausschuss den Gang der Verhandlungen. „Mit amerikanischen Augen betrachtet, sind es also taktische Waffen. Mit den Augen desjenigen betrachtet, auf dessen Territorium diese Dinger explodieren, haben sie die an dem Vergleich mit Hiroshima exemplifizierte zerstörerische Wirkung.“ Nach anderthalb Stunden meinte er: „Ich weiß nicht, ob jeder verstanden hat, was ich hier sage.“ Wie das in der Runde ankam, ist nicht überliefert. Schmidt weiter: Es handele sich um „amerikanische Staatsgeheimnisse“, daher keine Notizen. „Wir haben großes Interesse daran, das Verhältnis zu unserem wichtigsten Verbündeten nicht durch unziemliche Indiskretionen zu belasten.“

CDU-Obmann Franz Amrehm meinte daraufhin immerhin, es sei nicht möglich, einen so umfassenden Vortrag, bei dem der Kanzler Wert darauf lege, die genaue Abfolge noch einmal darzustellen, „voll zu überblicken, wenn man nur zuhört und sich nicht ein paar Notizen machen darf“. Aber: „Ich bin gern bereit, sie am Ende hier abzuliefern und zu verbrennen.“

Nach zwei Stunden bat Schmidt um „Ur- laub“, der ihm „sofort gewährt“ wurde: CSSR-Präsident Husák wartete in seinem Büro.

Der Auswärtige Ausschuss war der „Königsausschuss“ der 18 Ausschüsse des Bundestages. Seinen Mitgliedern haftete der Ruf an, „der Geheimnisse der großen Politik kundig zu sein“, wie die F.A.Z. damals schrieb. Schaut man auf die Liste der Mitglieder, so findet man bekannte Namen: Von der CDU/CSU Erich Mende, Kai-Uwe von Hassel, Rudolf Seiters, Franz-Josef Strauß, Friedrich Zimmermann, Ri-

getan sind“, wie Amrehm monierte. Horst Ehmke drückte es deutlicher aus: Es sei „alles verlorene Zeit. Herr Kollege Leber hat es völlig richtig gemacht: Er hat geschlafen!“

Siebzehn Mal gelang es dem CDU-Politiker Schröder immerhin, dass Chef-Diplomat Genscher den Ausschuss persönlich informierte (in der Wahlperiode 1961 bis 1965 hatte Schröder das als Außenminister 36 Mal gemacht). Schmidt war zweimal im Ausschuss. Am 14. Dezember 1980 informierte er über seinen Besuch in Polen und Auschwitz/Birkenau: „Ich woll-

Ausschuss: an erster Stelle die Sicherheitspolitik, und da immer wieder die Frage, wie die Bundesregierung der sowjetischen Überrüstung begegnen konnte. Nach dem Desaster mit der Neutronenbombe ging es um den Nato-Doppelbeschluss. Hier signalisierten die CDU/CSU-Mitglieder schon früh die prinzipielle Zustimmung ihrer Fraktion. Die Bedeutung der im Dezember 1979 zu treffenden Entscheidung machte Genscher im Oktober 1979 im Ausschuss deutlich: Es gehe „um die Handlungsfähigkeit des westlichen Bündnisses. Der Rückschlag wäre von unabsehbaren Folgen und würde nach meiner Überzeugung über lange Zeit das Bündnis außerstande setzen, noch relevante Entscheidungen zu treffen, und ganz sicher diejenigen in Osteuropa ermutigen, die sagen: Eine starke Propagandaoffensive ist in der Lage, das Bündnis an Entscheidungen zu hindern.“

Weitere Themen waren die Reaktion auf die sowjetische Invasion Afghanistans im Dezember 1979 (Sanktionen, Olympia-Boykott in Moskau), die 52 US-Geiseln in Teheran, die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Griechenland, Spanien und Portugal, das Europäische Währungssystem – und als Dauerthema Nahost. Da kritisierte Martin Bange mann die israelische Siedlungspolitik und empfahl eine Aktion der Europäischen Gemeinschaft, um Israel klarzumachen, ohne Vorbedingungen an einer Friedenskonferenz teilzunehmen. Daraus entstand dann die Nahost-Erklärung des Europäischen Rates vom 30. Juni 1980 mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser (was Israel sofort ablehnte). Auch das Camp-David-Abkommen, das Schmidt sehr kritisch beurteilte, wurde in diesem Zusammenhang mehrfach kontrovers behandelt.

In gewohnter Manier hat die „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ hier wieder eine vorbildliche Quellenedition vorgelegt – mit einer profunden Einleitung und einer CD-ROM mit den Volltexten. Wie faszinierend auch deren Lektüre ist: um die außenpolitische Breite und Tiefe jener Jahre besser verstehen zu können, sollte man unbedingt auch die entsprechenden Bände der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ mit heranziehen (wo im Band 1980 auch das Protokoll der Sitzung mit Helmut Schmidt vom 15. April abgedruckt ist).

ROLF STEININGER

**Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1976–1980.** Eingeleitet von Wolfgang Holscher, bearbeitet von Joachim Wintzer und Wolfgang Holscher. Zwei Halbbände, mit CD-ROM. Droste Verlag, Düsseldorf 2013. CLVII und 1772 S., 208,- €.



März 1979: Gerhard Schröder begrüßt Rüdiger von Wechmar (links). Abb. aus dem bespr. Bd.

chard von Weizsäcker, Alfred Dregger. Von der SPD Egon Bahr, Walter Arendt, Jürgen Schmude, Horst Ehmke. Von der FDP Jürgen Möllemann, Martin Bange mann. Von Januar 1977 bis Juni 1980 gab es 79 Sitzungen. Der Ausschuss war ein Gremium der auf hohem Niveau gepflegten Aussprache, wo man bemüht war, wie Amrehm einmal meinte, „miteinander wenigstens die Argumente sauber auszutauschen, auch wenn es vielleicht manchmal etwas Späne geben sollte“.

Dabei ging es darum, wie er an anderer Stelle formulierte, den außenpolitischen Kurs der Regierung „kritisch ins Auge zu fassen, eigene Meinungen zu vertreten und der Regierung auch Anregungen zu geben, was sie möglicherweise nach Auffassung der Opposition noch zu berücksichtigen“ habe – was schon mangels Information nicht gelang. Man erfahre Dinge in der Regel, „wenn die wichtigen Schritte schon

te gern in diesem Ausschuss sagen, dass es mir außerordentlich schwer angekommen ist, in Birkenau für die Deutschen schlechthin auftreten und sprechen zu müssen. Ich habe in meinem Leben mehrere ehemalige KZs gesehen, ich habe auch Lidice gesehen, aber dieses Birkenau sprengt alle Vorstellungen. Sie kommen in eine Aue, in ein Wiesental, wahrscheinlich ist irgendwo ein kleiner Bach in der Mitte, und Sie sehen, so weit das Auge reicht, bis zum Horizont dieses flach-gestreckten Geländes nichts weiter als die – wie Finger recken sie sich – stehengebliebenen Schornsteine der Baracken, die im übrigen nicht mehr da sind, von diesen Vernichtungslagern.“ (Am 15. April 1980 gab es darüber hinaus ein informelles Treffen mit dem Ausschuss; das Protokoll darüber fertigte das Bundeskanzleramt an.)

Die großen außenpolitischen Themen jener Jahre bestimmten die Diskussion im